

Jakubowska, Anna: *Der Bund der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und Polen (1957–2004). Selbst- und Fremddarstellung eines Vertriebenenverbandes*. Marburg: Herder-Institut Verlag 2012. ISBN: 978-3-87969-372-6; X, 239 S.

Rezensiert von: Matthias Stickler, Institut für Geschichte, Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Bei dem vorliegenden Band handelt es sich um eine bei Martin Schulze Wessel entstandene, 2009 an der Ludwigs-Maximilians-Universität München angenommene Dissertation. Anna Jakubowska hat das Selbstverständnis und die Fremdwahrnehmung des Bundes der Vertriebenen (BdV) im Medium ausgewählter Presseerzeugnisse analysiert. Untersucht wird erstens der „Deutsche Ostdienst“ (DOD) des BdV bzw. dessen Vorläufer, die „Vertriebenenkorrespondenz“ (VK). Der DOD ist das anfangs wöchentlich, heute monatlich erscheinende Sprachrohr des BdV-Präsidiums. Adressaten waren ursprünglich vor allem die Vertriebenen- und Tagespresse, Vertriebenenorganisationen und Verwaltungsstellen. Erst seit den 1990er-Jahren entwickelte sich der DOD zu einem Mitglieder-Magazin, und sein früher stark politisch ausgerichtetes Profil verlagerte sich immer mehr auf kulturelle Berichterstattung; gleichzeitig wurde die typische kämpferische Rhetorik durch größere Sachlichkeit abgelöst (S. 11f.).

Zweitens hat die Autorin für die Fremdwahrnehmung des BdV auf deutscher Seite die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ), die „Zeit“ und den „Spiegel“ untersucht, auf polnischer Seite die Tageszeitungen „Trybuna Ludu“ und „Rzeczpospolita“ sowie die Wochenzeitungen „Polityka“ und „Tygodnik Powszechny“. „Trybuna Ludu“, „Rzeczpospolita“ und „Polityka“ gehörten bis 1990 zur staatlich gelenkten polnischen Presse, wobei „Trybuna Ludu“ das offizielle Sprachrohr der kommunistischen Partei war, während die beiden anderen Blätter im Kontext von deren „Bündnispolitik“ bestimmte intellektuelle Zielgruppen erreichen sollten. Diesen beiden gelang, anders als „Trybuna Ludu“, nach 1990 die Weiterentwicklung zu meinungsbil-

denden Zeitungen im demokratischen Polen. Heute deckt „Rzeczpospolita“ das liberalkonservative und nationalkonservative Spektrum ab, „Polityka“ das sozialliberale. „Tygodnik Powszechny“ war bis zum Ende des kommunistischen Systems eine vom Staat kontrollierte (nicht gelenkte) katholische, nicht aber kirchliche Zeitung, die ebenfalls die Zäsur 1989/90 überlebte.

Es versteht sich, dass bei der Berichterstattung der polnischen Blätter über den BdV bis 1990 keineswegs von einem Meinungspluralismus westlich-demokratischen Zuschnitts die Rede sein kann. Dennoch vermag Frau Jakubowska auch für diese Phase einige interessante Differenzierungen aufzuzeigen: Im Vordergrund stand bei der polnischen Berichterstattung zwar immer der für die kommunistische Partei nützliche, da innenpolitisch gut verwertbare „Revanchismus“-Vorwurf bzw. die Funktion des BdV als Schreckgespenst ungebrochener (west)deutscher Aggressivität, doch war vor allem „Tygodnik Powszechny“ um eine vergleichsweise sachlichere Argumentation bemüht. Bemerkenswert ist auch, dass bis in die 1970er-Jahre hinein in den polnischen Blättern der offizielle Verbandsname des BdV bei der Berichterstattung möglichst vermieden und stattdessen vom „Bund der Umsiedler“ („Związek Przesiedleńców“) gesprochen wurde; offenbar bewirkten die Ostverträge hier eine Veränderung. Erst ab 1990 öffneten sich die polnischen Medien auch dahingehend für den BdV, dass dieser etwa durch Interviews direkten Zugang zur polnischen Öffentlichkeit bekam.

Nach einleitenden Ausführungen zur Konzeption der Arbeit, zum Verhältnis von Öffentlichkeit und Massenmedien in der Bundesrepublik und in Polen sowie zur Konstituierung des BdV 1957/58 ist das Buch chronologisch gegliedert. Die Autorin unterscheidet im Wesentlichen drei Phasen, die sich an wichtigen Zäsuren der Geschichte des BdV bzw. der deutsch-polnischen Beziehungen orientieren: von der Gründung des BdV bis zu den Verträgen von Moskau und Warschau (1957–1970), dann die Jahre bis zur Wiedervereinigung beider deutscher Staaten und der damit verbundenen endgültigen deutschen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Staatsgrenze (1970–1990), schließlich die da-

durch hervorgerufene innere Krise des BdV bzw. dessen Neuorientierung durch Hinwendung zu Fragen der Erinnerungskultur, konkret das Projekt „Zentrum gegen Vertreibungen“.

Frau Jakubowska arbeitet vor allem die immer weiter fortschreitende Marginalisierung des BdV seit den 1960er-Jahren bis in die 1990er-Jahre heraus – eine Entwicklung, die sich auch und vor allem in der west-deutschen Presseberichterstattung nachweisen lässt: War der BdV in den 1950er- und 1960er-Jahren dort noch stark präsent, so änderte sich dies seit den Ostverträgen. Die untersuchten Blätter boten dem BdV von nun an immer seltener Foren zur Präsentation seines Standpunkts. Selbst in der FAZ beschränkten sich derartige Möglichkeiten bald auf die Leserbriefspalte (S. 215), während „Spiegel“ und „Zeit“ immer mehr auf Distanz zum BdV gingen. Allen drei Blättern war indes gemeinsam, dass sie dem BdV keine bedeutsame politische Funktion mehr zusprachen, auch nicht nach dem Regierungswechsel von 1982.

Eindrucksvoll vermag Frau Jakubowska nachzuweisen, wie sich die Selbstdarstellung des BdV im DOD veränderte: Herrschte bis in die frühen 1970er-Jahre noch eine Selbstinszenierung als machtvoller Verband mit starkem Wählerpotential und dem daraus resultierenden Anspruch auf politische Mitsprache vor, so wandelte sich dies als Folge einer Art „Reflexionsphase“ (S. 100) nach den Ostverträgen. Unter der Präsidentschaft Herbert Czajas wurde die vordem stark national ausgerichtete Perspektive des BdV durch eine stärker europäische ersetzt, der Kampf um das „Selbstbestimmungsrecht“ bzw. das „Recht auf die Heimat“ stärker verknüpft mit der Zielsetzung eines freien Europas und dem Ringen um Menschenrechte. Als Folge der Urteile des Bundesverfassungsgerichts zu den Ostverträgen argumentierte der Verband im Hinblick auf eine Revision der Oder-Neiße-Linie seither auch weniger politisch als vor allem juristisch. Damit eng verbunden war die Betonung der Rolle des BdV als Opferverband im Sinne des integrationistischen Opferdiskurses der frühen Nachkriegszeit (Constantin Goschler). Dieser war seit den 1960er-Jahren immer mehr durch einen partikularistischen Diskurs abgelöst worden, der insbesondere

die Opfer des Nationalsozialismus in den Mittelpunkt öffentlichen Gedenkens rückte – was der BdV als Zurücksetzung begriff.

Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch die Regierung Kohl gegen den Widerstand des BdV bedeutete für den Verband eine schwere Niederlage und führte zu einer tiefen internen Krise. Die Wahl Erika Steinbachs zur ersten Präsidentin des BdV im Jahr 1998 bedeutete hier eine weitere wichtige Zäsur. Frau Steinbach setzte im BdV einen neuen Kurs durch, der wegführte von der bisherigen Fokussierung auf Grenz- und Entschädigungsfragen und das Ziel verfolgte, den Verband zu einem meinungsbildenden Mitspieler in Fragen der Geschichtspolitik und der Erinnerungskultur zu machen. Bemerkenswert ist nicht zuletzt, dass der BdV – was Frau Jakubowska deutlicher hätte herausarbeiten können – Abschied nahm von der früher gern praktizierten national verengten Nabelschau; so wurde der Verband nach langen Jahren der Entfremdung wieder partiell anschlussfähig an die SPD. Diese Neuausrichtung, die einmündete in das Projekt „Zentrum gegen Vertreibungen“, fand großen, allerdings nicht immer freundlichen Widerhall in der Presse – der BdV kehrte in die Medien zurück.

Auch bei diesem mit aktueller Tagespolitik zwangsläufig verwobenen Teil ihrer Arbeit kommt Frau Jakubowska zu sehr abgewogenen Urteilen. Sie arbeitet eindrucksvoll Kontinuitäten und Neuausrichtungen der Verbandspolitik heraus. Man wird ihrem Urteil zustimmen können, dass sich der BdV nach wie vor als politisch orientierter Opferverband begreift; der seit den 1950er-Jahren vertretene Avantgardegedanke¹ wirkt unerschwellig fort. Letztlich geht es bei den daraus resultierenden Konflikten um die Grundfrage, ob bzw. inwieweit das kommunikative Gedächtnis einer ganz bestimmten, vom BdV repräsentierten Erfahrungsgruppe verbindlich gemacht werden kann für das kulturelle Gedächtnis der Bundesrepublik insgesamt.

Ein paar kleine Kritikpunkte seien abschließend noch erwähnt: Der gewählte Aufbau

¹ Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972, Düsseldorf 2004, S. 99–117.

bringt immer wieder einige Redundanzen im Text mit sich. Die ausführliche Quellenarbeit der Autorin geht bisweilen zu Lasten der Recherche nach Sekundärliteratur.² Dass Frau Jakubowska für die Verbandsperspektive lediglich den DOD ausgewertet hat, ist aus Gründen der Arbeitsökonomie wie auch mit Blick auf ihre Fragestellung vertretbar. Allerdings wird damit in Kauf genommen, dass die Ergebnisse der Arbeit lediglich für die Verbandsspitze hinreichende Validität besitzen; das breite Spektrum der Mitgliederverbände des BdV kann auf diese Weise nicht erfasst werden. Hierzu hätten weitere große Vertriebenenzeitschriften wie die „Sudetendeutsche Zeitung“ oder das „Ostpreußenblatt“ bzw. die „Preußische Allgemeine Zeitung“ zusätzlich herangezogen werden müssen. Da als Grundlage der Analyse ausschließlich publizistische Quellen verwendet wurden, vermisst man auch ein wenig den „Blick hinter die Kulissen“. Für die Jahre bis 1972 und die ersten zehn Jahre der Ära Kohl bestätigen Frau Jakubowskas Ergebnisse weitgehend den bisherigen Forschungsstand³; für die Zeit zwischen 1972 und 1982 sowie vor allem die Jahre seit 1993, wo bisher praktisch keine archivgestützten Arbeiten vorliegen, wüsste man als Leser allerdings häufig doch gern, ob die Selbstdarstellung des BdV bzw. die Interpretation des Verbandshandelns in der Presse einer Überprüfung durch einschlägiges Archivmaterial standhalten. Hier bietet die Arbeit indes eine wichtige Grundlage für weitergehende Forschungen. Insgesamt handelt es sich um eine gelungene Studie im Kreuzungspunkt von Verbandsgeschichte, Mediengeschichte und Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen, der weite Verbreitung zu wünschen ist.

HistLit 2013-2-002 / Matthias Stickler über Jakubowska, Anna: *Der Bund der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und Polen (1957–2004). Selbst- und Fremddarstellung eines Vertriebenenverbandes*. Marburg 2012, in: H-Soz-Kult 02.04.2013.

² So wurden etwa folgende wichtige Werke nicht berücksichtigt: Friedhelm Boll / Wiesław Wysock / Klaus Ziemer (Hrsg.), *Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er-Jahre und die Entspannungspolitik*, Bonn 2009; Wolfgang Fischer, *Heimat-Politiker? Selbstverständnis und politisches Handeln von Vertriebenen als Abgeordnete im Deutschen Bundestag 1949 bis 1974*, Düsseldorf 2010.

³ Vgl. v. a. Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“; Pertti Ahonen, *After the Expulsion. West Germany and Eastern Europe 1945–1990*, Oxford 2003; Beata Ociepa, *Związek Wypędzonych w systemie politycznym RFN i jego wpływ na stosunki polsko-niemieckie 1982–1992* [Der Bund der Vertriebenen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland und sein Einfluss auf die deutsch-polnischen Beziehungen 1982–1992], Wrocław 1997 (deutsche Zusammenfassung des Inhalts auf den Seiten 318–324).